

Crash auf dem Ausbildungsmarkt verhindern



Foto: Berliner Wasserbetriebe (CC BY-NC-ND 2.0)

Anfang August startete für eine halbe Million Schulabgänger*innen das neue Ausbildungsjahr. 2019 suchten die Unternehmen noch händeringend Auszubildende und klagten über Fachkräftemangel als Wachstumsbremse. Heute hingegen bilden sie weniger aus.

Die Corona-Krise trifft den Ausbildungsmarkt hart. Bei Firmen mit wirtschaftlich unsicheren Zukunftsaussichten steht die Liquidität im Fokus, sie setzen auch bei der Ausbildung den Rotstift an oder ziehen sich vom Lehrstellenmarkt ganz zurück. Für die Zweite IG Metall-Vorsitzende Christiane Benner eine »alarmierende Entwicklung«, denn neben einer möglichen Verschlechterung der Qualifikationsstruktur in den Unternehmen werde damit gerade Haupt- und Realschülern der Zugang zum Arbeitsmarkt verbaut. Deshalb müsse ein »Corona-Crash« auf dem Ausbildungsmarkt verhindert werden.

Das sinkende Ausbildungsstellenangebot hatte sich jedoch nicht erst mit der akuten Corona-Krise abgezeichnet. Schon im Februar hatten die Statistiker der Bundesagentur für Arbeit (BA) einen Rückgang um 5,7% oder 27.000 Stellen verzeichnet. Zu den Gründen zählte die konjunkturelle Schwächephase. Der Ausbildungsmarkt war schon vor Corona in einer schwierigen Situation. Im letzten Jahr hatten 2,12 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss. Doch ohne Berufsabschluss drohen oftmals prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne. Fatal ist zudem, dass nur noch knapp jedes fünfte Unternehmen (18,7%) in Deutschland überhaupt ausbildet. Binnen eines Jahrzehnts sind mehr als 50.000 Ausbildungsbetriebe verloren gegangen. Jeder vierte Handwerksbetrieb will sich ganz aus der Ausbildung zurückziehen, ergab eine aktuelle Umfrage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), die sich allerdings auf das kommende Ausbildungsjahr 2020/21 bezieht. Auch die DAX-30-Konzerne haben die berufliche Ausbildung zurückgefahren.

Der vom Bundeskabinett verabschiedete Berufsbildungsbericht zeigte schon für 2019 einige bedenkliche Entwicklungen auf. So boten die Unternehmen 11.000 Lehrstellen weniger an als 2018. Die Gesamtzahl lag bei 578.000. Auch die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ging um 6300 auf gut 525.000 zurück. Eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und der Bertelsmann Stiftung, für die in 2019 rund 4.000 Unternehmen befragt wurden, zeigt auf, dass sich vor allem Kleinst- und Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten zunehmend aus dem Ausbildungsmarkt verabschiedet haben. Dabei zeigt sich, dass in den zurückliegenden zehn Jahren die Zahl der Auszubildenden in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten um rund 30% zurückgegangen ist – und damit deutlich stärker als in größeren Unternehmen. Von den Firmen mit weniger als 20 Mitarbeiter*innen bildeten in den letzten Jahren 29% weniger oder gar nicht mehr aus.

Laut der BA wurden bis Juli 495.00 betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet – rund acht Prozent weniger als im Vorjahr. Vor allem im Gastronomie- und Hotelgewerbe sowie im Friseurhandwerk ist das Angebot wesentlich geringer. Allerdings sind in der Gastronomie die Zahlen der neuen Ausbildungsverträge schon seit Jahren rückläufig, da junge Menschen um die Gastro-Branche, die für ihre schlechte Ausbildungsqualität, ein raues Arbeitsklima und Niedriglöhne bekannt ist sowie hohe Abbrecherquoten aufweist, einen großen Bogen machen.

Aber auch in den Metall- und Elektroberufen, in kaufmännischen Berufen sowie in der Informatik ist das Ausbildungsplatzangebot zurückgegangen. So ist beispielsweise bei den Industrie- und Handelskammern (IHK) im Südwesten der Republik die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 15,5% auf rund 34.250 gesunken. Die Region Stuttgart ist sogar überproportional betroffen. Hier sank die Zahl der Neuverträge um ein Fünftel auf gut 7500.

In welchem Ausmaß sich die Pandemie auf die Zahl der Ausbildungsplätze niederschlagen wird, ist noch offen. Alles hängt an der Frage, wann die Wirtschaft wieder zu einem Normalbetrieb zurückkehren kann. Die Arbeitsagentur hofft darauf, dass es für dieses Ausbildungsjahr noch zu einem verspäteten Aufholprozess kommen könnte. BA-Chef Detlef Scheele forderte die Arbeitgeber auf, die vor Corona geplanten Lehrstellen nicht zu streichen. Es dürfe kein »Ausbildungsjahrgang Corona« entstehen, »der auf der Strecke bleibt, weil es keine Ausbildungsplätze gibt«. Zumal ein sinkendes Ausbildungsplatzangebot vor allem Jugendliche mit geringeren Bildungsabschlüssen trifft, während die erfolgreicherer Schüler*innen länger im Schulsystem bleiben. Die soziale Spaltung, die schon durch das monatelange Homeschooling verschärft wurde, wird sich noch weiter vertiefen.

Auch die Gewerkschaften warnen vor einer verlorenen Nachwuchs-Generation durch die Corona-Pandemie: Die duale Ausbildung drohe nachhaltigen Schaden zu nehmen. Aus einer Umfrage der IG Metall im Juni und Juli in fast

500 Betrieben geht hervor, dass elf Prozent der Betriebe weniger ausbilden wollen. Diese Quote ist seit Mai deutlich gestiegen. In der April/Mai-Umfrage waren es nur 7,2%, obwohl in diesem Zeitraum die meisten Metall- und Elektrobetriebe bereits Kurzarbeit angemeldet haben und einen längeren Shutdown befürchteten. Auch dual Studierende, Berufsanfänger, Werkstudenten und akademische Praktikanten finden wegen der krisenhaften Entwicklung schwerer Stellen. Schlecht steht es auch um die Auszubildenden, die vor dem Ende ihrer Ausbildung stehen: Die Zahl der Betriebe, die angeben, Probleme damit zu haben, ihre Auszubildenden nach der Lehre zu übernehmen, hat sich im Sommer mehr als verdoppelt – von 7,4 auf 15,6% (IG Metall Website, 28.7.2020).

Damit steht die berufliche Zukunft hunderttausender Schulabgänger*innen und damit die Sicherung der Fachkräfte von morgen auf dem Spiel. Demografiebedingt könnte schon 2022 und 2023 der nächste Fachkräftengpass drohen, sagen Bildungsexperten voraus. Das verschlechtert die Voraussetzungen, um den Strukturwandel – die anstehende Transformation und Digitalisierung, die durch das Virus eine zusätzliche Dynamik erhalten haben – zu bewältigen. Es ist aber auch zu beobachten, dass zum Beispiel Ausbildungsplätze für Industriemechaniker und Mechatroniker wegen der Transformation und E-Mobilität deutlich zurückgehen. Im Gegenzug gibt es Zuwächse beim Fachinformatiker. Doch wenn man diese Ausbildungsplätze summiert, sind es in der Summe weniger. Während früher drei Industriemechaniker ausgebildet wurden, ist es heute stattdessen ein Fachinformatiker.

Um ein weiteres Wegbrechen von Ausbildungsplätzen zu verhindern, hat die Bundesregierung noch rechtzeitig zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres einen »Schutzschirm für Ausbildung« in Höhe von 500 Millionen Euro gespannt. Seit Anfang August können Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten, die trotz der Pandemie ihr Ausbildungsengagement beibehalten oder gar steigern, einen staatlichen Zuschuss beantragen. Voraussetzung ist, dass sie durch die Corona-Krise große Umsatzeinbrüche hatten oder Kurzarbeit für ihre Beschäftigten anmelden mussten. Firmen, die trotz dieser Schwierigkeiten in gleichem Umfang ausbilden wie in den vergangenen drei Jahren, bekommen 2000 Euro für jeden 2020 und 2021 geschlossenen Ausbildungsvertrag. Wer mehr ausbildet, erhält für jeden zusätzlichen Azubi 3.000 Euro. Christiane Benner von der IG Metall fordert, dass dieses Programm über kleine und mittlere Betriebe hinaus ausgebaut werden sollte.

Die gleiche »Ausbildungs-Prämie« können auch Unternehmen beantragen, die Auszubildende von Firmen übernehmen, die Insolvenz anmelden mussten. Zudem werden Betriebe gefördert, die Azubis von Firmen übernehmen, die pandemiebedingt die Ausbildung nicht fortsetzen können. Darüber hinaus will die Regierung Ausbildungsbetriebe unterstützen, die trotz Krise keine Kurzarbeit für Ausbilder oder Auszubildende angemeldet haben. Für diese Fälle ist eine Förderung von 75% des Brutto-Ausbildungslohns für jeden Monat, in dem der Betrieb einen Arbeitsausfall von mindestens 50% hat, vorgesehen.

Zusätzlich fordert der DGB von der Bundesregierung ein »Sonderprogramm für außerbetriebliche Ausbildungsplätze«. Nötig sei ein »Zukunftsfonds zur Fachkräftesicherung«, der sich aus Beiträgen der Arbeitgeber und des Bundes speise, um zu verhindern, dass aus der Corona-Krise eine Ausbildungskrise werde. Die junge Generation braucht Zukunftsperspektiven.

Quelle: https://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/crash-auf-dem-ausbildungsmarkt-verhindern/